

Pressemitteilung

Nummer 421/12 vom 6. Dezember 2012 Seite 1 von 8

> Deutsch-Israelische Regierungskonsultationen: Innovation – Bildung – Nachhaltigkeit

Gemeinsame Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel

(Berlin, 6. Dezember 2012)

Am 6. Dezember 2012 führten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Staates Israel in Berlin zum vierten Mal Regierungskonsultationen durch.

Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland Angela Merkel und der Ministerpräsident des Staates Israel Benjamin Netanyahu leiteten die Konsultationen und nahmen mit Befriedigung die Fortschritte zur Kenntnis, die seit den letzten Konsultationen vom 31. Januar 2011 in Jerusalem erzielt worden sind.

Beide Seiten erörterten ein breites Spektrum von Themen von beiderseitigem Interesse und von Kooperationsbereichen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Innovation, Bildung und Nachhaltigkeit lag. Sie bekräftigten ihr gemeinsames Ziel, in Anerkennung des Bewusstseins Deutschlands für seine historische Verantwortung gegenüber Israel die einzigartige Beziehung und die engen Bande zwischen Deutschland und Israel durch zukunftsweisende Zusammenarbeit und politische Maßnahmen weiter zu festigen.

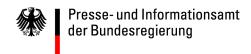
Sie erneuerten ihr Bekenntnis, die Gräuel der Vergangenheit niemals zu vergessen und im Wege der Bildung und Erziehung die Erinnerung an die Shoah für künftige Generationen auf sinnvolle Weise lebendig zu erhalten, und brachten ihr rückhaltloses Engagement für die Menschenrechte und den Kampf gegen alle Formen von Antisemitismus und Rassismus erneut zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang bekräftigten sie ferner mit Nachdruck, dass jeder Versuch, das Existenzrecht des Staates Israel als Nation infrage zu stellen, jeder Aufruf zur Zerstörung des Staates Israel und das Leugnen der Shoah in jeder Form völlig inakzeptabel sind.

HAUSANSCHRIFT Dorotheenstr. 84 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11044 Berlin

TEL + 49 (0)3018 272-2030 FAX + 49 (0)3018 272-3152

cvd@bpa.bund.de www.bundesregierung.de www.bundeskanzlerin.de



Nummer 421/12 vom 6. Dezember 2012 Seite 2 von 8

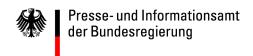
Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung des vor sechzig Jahren von David Ben Gurion und Konrad Adenauer vereinbarten Luxemburger Abkommens, das die Grundlage für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel geschaffen hat. Sie bekräftigten, dass die gemeinsamen Werte der Demokratie, der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit das solide Fundament der engen Freundschaft und Partnerschaft zwischen Deutschland und Israel darstellen.

Die beiden Regierungen sprechen den vielen Menschen, die sich kontinuierlich für die Förderung der Beziehungen zwischen beiden Ländern einsetzen, ihren Dank aus.

Die folgenden Regierungsmitglieder nahmen an den Konsultationen teil:

Auf deutscher Seite: die Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie sowie stellvertretende Bundeskanzler Philipp Rösler, der Bundesminister des Auswärtigen Guido Westerwelle, der Bundesminister der Finanzen Wolfgang Schäuble, die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner, der Bundesminister der Verteidigung Thomas de Maizière, der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Peter Ramsauer, die Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan, der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel und der Staatsminister im Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Bernd Neumann.

Auf israelischer Seite: der Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, der Minister für Verteidigung und stellvertretende Ministerpräsident Ehud Barak, der Minister für Finanzen Yuval Steinitz, die Ministerin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Orit Noked, der Minister für Wissenschaft und Technologie Prof. Daniel Hershkowitz, der stellvertretende Außenminister Danny Ayalon und Kabinettssekretär Zvi Hauser.



Nummer 421/12 vom 6. Dezember 2012 Seite 3 von 8

Die Regierungskonsultationen hatten die folgenden Schwerpunkte:

1. Feier des 50. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland im Jahr 2015

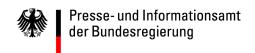
Beide Regierungen haben beschlossen, im Jahr 2015 den 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen ihren Staaten zu feiern. Sie stimmten überein, dass das Jubiläumsjahr 2015 eine ausgezeichnete Gelegenheit bieten wird, das bisher Erreichte zu feiern, nach vorn zu schauen und neue Ideen und Initiativen zur Gestaltung der Zukunft ihrer Länder zu entwickeln. Beide Regierungen erklärten, dass sie Veranstaltungen, Feierlichkeiten und andere Aktivitäten in beiden Ländern durchführen wollen. Hierzu beabsichtigen sie, in den beiden Außenministerien nationale Koordinationsstellen für den Informationsaustausch und die Entwicklung von gemeinsamen Projekten einzurichten. Beide Seiten unterstrichen ihre Bereitschaft, für die Aktivitäten im Jubiläumsjahr Haushaltsmittel bereitzustellen. In Anbetracht der Bedeutung zivilgesellschaftlicher Kontakte und Aktivitäten für die Ausgestaltung der deutsch-israelischen Beziehungen betonten sie den Nutzen der Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Aktivitäten im Jahr 2015 und erklärten ihre Bereitschaft, Möglichkeiten zur aktiven Förderung zivilgesellschaftlicher Beiträge wie auch kultureller Aktivitäten auszuloten.

2. Innovation

 a) Industrielle Forschung und Entwicklung sowie Start-Up-Sektoren:

Beide Regierungen bekannten sich zu ihrer langjährigen erfolgreichen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und unterstrichen ihre Bereitschaft, diese Zusammenarbeit zu stärken. Sie vereinbarten, ihre Kooperation auf den Gebieten industrielle Forschung und Entwicklung zu verstärken.

Zudem erörterten sie Möglichkeiten intensiverer Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstitutionen und den Start-Up-Sektoren beider Länder sowie der verstärkten Fokussierung bestehender Programme auf deutsch-israelische Projekte.



Nummer 421/12 vom 6. Dezember 2012 Seite 4 von 8

b) Forschungszusammenarbeit:

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung und der Minister für Wissenschaft und Technologie unterzeichneten eine Gemeinsame Absichtserklärung zur Forschungszusammenarbeit im Bereich Batterieforschung und Elektrochemie.

Innovationstage und Zusammenarbeit im Bereich Informationstechnologie:

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit beschlossen, unter Federführung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand einen "Innovationstag" zu organisieren. Beide Minister vereinbarten ferner, auch im Rahmen der Feierlichkeiten 2015 einen deutsch-israelischen Innovationstag abzuhalten. Sie bekundeten zudem ihre Absicht, die Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien zu verstärken.

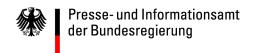
3. Bildung

a) Jugendaustausch:

Beide Seiten bekräftigten, dass sie dafür eintreten, in den Bereichen Bildung und Jugendaustausch zusammenzuarbeiten. Sie erklärten ihre Bereitschaft, in Ergänzung der bestehenden und florierenden Jugendaustauschprogramme zwischen beiden Ländern ein Ferienarbeitsprogramm einzurichten und Programme für junge Berufstätige zu erleichtern. Beide Seiten zeigen sich an Fortschritten bei einigen noch ungeklärten konsularischen Fragen, darunter der Frage israelischer Visa für deutsche Freiwillige, interessiert.

b) Berufliche Bildung:

Beide Seiten unterstrichen, wie wichtig es ist, den 2011 begonnenen Austausch von Auszubildenden zu verstetigen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das israelische Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit werden gemeinsam eine deutsch-israelische Konferenz zur beruflichen Bildung organisieren, die 2013 in Deutschland stattfinden wird.



Nummer 421/12 vom 6. Dezember 2012 Seite 5 von 8

c) Deutsch-Israelische Schulbuchkommission:

Die Regierungen nahmen die Ergebnisse der Ersten Konferenz der Deutsch-Israelischen Schulbuchkommission zur Kenntnis, die vom 3. bis zum 5. Dezember dieses Jahres im Auswärtigen Amt stattfand, und sind der Auffassung, dass diese Initiative einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Dialogs und des Verständnisses zwischen den beiden Ländern auf dem Wege der Bildung leisten wird.

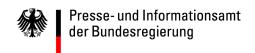
4. Nachhaltigkeit

a) Erneuerbare Energiequellen:

Die Regierungen beschlossen, die Kooperation auf dem Gebiet der erneuerbaren Energiequellen sowohl im Bereich der industriellen Zusammenarbeit als auch dem der Handelszusammenarbeit sowie mit Blick auf die Entwicklung von Bildungsmodulen zu Solarenergie und Energieeffizienz zu verstärken.

b) Landwirtschaft:

Die Regierungen beschlossen, die Zusammenarbeit im landwirtschaftlichen Sektor zu intensivieren, und werden die Möglichkeit weiterer Kooperation in diesem Bereich ausloten. Beide Seiten beschlossen, im Hinblick auf Innovationen im landwirtschaftlichen Bereich, die in engem Zusammenhang mit dem Phänomen des weltweiten Klimawandels stehen, zusammenzuarbeiten und diese gemeinsam zu fördern. Beide Seiten werden in Bezug auf entsprechende gemeinsame Projekte, die in verschiedenen Ländern umgesetzt werden sollen, zusammenarbeiten. Die Minister unterzeichneten ein Abkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit im Bereich der landwirtschaftlichen und ernährungsbezogenen Forschung. Zusätzlich bekräftigten die Regierungen ihr Interesse an künftigen gemeinsamen Partnerschaftsprojekten und einigten sich auf das erste, das als dreiseitiges Projekt zu landwirtschaftlicher Entwicklung und Agrotourismus zwischen Italien, Deutschland und Israel durchgeführt wird. Die Möglichkeit, im Rahmen von landwirtschaftlichen Projekten in Afrika zusammenzuarbeiten, wird ebenfalls in Betracht gezogen.



Nummer 421/12 vom 6. Dezember 2012 Seite 6 von 8

c) Schienenverkehr:

Die Regierungen haben beschlossen, die Zusammenarbeit im Bereich des Schienenverkehrs zu verstärken. Die Bundesregierung wird deutsche Beratungsfirmen und Infrastrukturunternehmen ermuntern, sich an Verkehrsprojekten in Israel, etwa dem Projekt der Eilat-Eisenbahnverbindung und der geplanten Stadtbahn in Tel Aviv zu beteiligen.

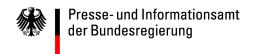
d) Elektromobilität und Innovationen für nachhaltige Verkehrs systeme:

Die Regierungen erkennen an, dass nachhaltige Verkehrssysteme einschließlich der Elektromobilität zu wirtschaftlichem Wachstum beitragen, die Abhängigkeit von Erdöl reduzieren und den Umwelt- und Klimaschutz fördern werden. Beide Seiten haben entsprechende Strategien zur Förderung der Elektromobilität in ihren Ländern auf den Weg gebracht. Hinsichtlich dieser Strategien findet zwischen den Regierungen ein Informationsaustausch statt. Darüber hinaus haben die Regierungen vereinbart, den Dialog zwischen Fachleuten zu fördern und sich in einschlägiger Weise dafür einzusetzen, dass zusätzliche potenzielle Partnerschaften auf den Weg gebracht werden.

e) Entwicklungszusammenarbeit:

Die Regierungen Deutschlands und Israels bekennen sich uneingeschränkt zur globalen Agenda für nachhaltige Entwicklung, zu Armutsbekämpfung und zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele.

Die beiden Regierungen begrüßen die kürzlich erfolgte Unterzeichnung der dreiseitigen Absprache zwischen der Republik Kenia, der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die dreiseitige Umsetzung eines gemeinsamen Programms zur Förderung nachhaltiger Methoden des Umweltschutzes am Viktoriasee durch (1.) Förderung der gewerblichen Tilapia-Fischzucht und (2.) einen Beitrag zur Verbesserung des Abwassermanagements. Beide Seiten würdigen ausdrücklich die Partnerschaft zur Umsetzung des Entwicklungsprogramms in Ghana.



Nummer 421/12 vom 6. Dezember 2012 Seite 7 von 8

Ferner haben Deutschland und Israel beschlossen, ihr Engagement und ihre Koordination durch die Einleitung eines Entwicklungsdialogs zwischen BMZ und MASHAV, der im Januar 2013 beginnen soll, und durch die Durchführung eines neuen Projekts mit Rumänien in Moldau, bei dem es um Nahrungsmittelsicherheit geht, zu intensivieren.

5. Sonstiges

a) Nationale Sicherheit und nationale Katastrophenfälle:

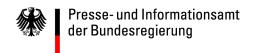
Die Regierungen beschlossen, die Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit, insbesondere bei der Bekämpfung des gewaltsamen Extremismus und des Terrorismus, zu stärken und auszuweiten. Die im Rahmen einer Gemeinsamen Absichtserklärung zur Zusammenarbeit bei der Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung bereits bestehende Zusammenarbeit wird um Angelegenheiten, die die nationale Sicherheit berühren, erweitert.

Die nationalen Behörden arbeiten auch im Bereich der Technologie zur Terrorismusbekämpfung, insbesondere zur Bekämpfung von CBRN-Terrorismus, zusammen und tauschen sich über bewährte Praktiken aus.

Beide Seiten beschlossen ferner, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten bei der Bewältigung von Naturkatastrophen und ähnlichen Notlagen auszuweiten. Die Regierungen haben beschlossen, bei Notlagen aufgrund von Naturkatastrophen (Brände, Erdbeben, Überflutungen, etc.) zusammenzuarbeiten und einander zu unterstützen.

b) Verteidigung im Cyber-Raum

Die Regierungen nehmen zur Kenntnis, dass sich aus der Entwicklung des Cyber-Raums sowohl Chancen als auch Risiken ergeben. Dies hat ebenfalls Rückwirkungen auf die nationale und die öffentliche Sicherheit. Deshalb beabsichtigen die Regierungen, die bestehende Zusammenarbeit auszubauen und neue Partnerschaften in wesentlichen Bereichen wie nationale Stra-



Nummer 421/12 vom 6. Dezember 2012 Seite 8 von 8

tegie, akademische Forschung und Bewusstseinsbildung zu fördern.

c) Vermeidung der Doppelbesteuerung

Die Regierungen beschlossen, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken und es den Bürgern des einen Staates einfacher zu machen, einer Wirtschaftstätigkeit im jeweils anderen Staat nachzugehen. Sie brachten ihre Absicht zum Ausdruck, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zu unterzeichnen, damit Steuerzahler, Bürger, Unternehmer und Firmen eines Landes, die im anderen Land tätig sind, nicht zweimal dieselben Einkünfte zu versteuern haben.

d) Erhaltung und Restaurierung der "Weißen Stadt" in Tel Aviv

Die Regierungen erkennen an, dass die "Weiße Stadt" in Tel Aviv die weltweit größte Ansammlung von Gebäuden in Bauhaus-Architektur darstellt, die von vertriebenen jüdischen Architekten deutscher Herkunft gebaut wurde, und dass ihr eine wichtige Rolle in der gemeinsamen deutsch-israelischen Geschichte zukommt. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Stadtverwaltung von Tel Aviv werden bei der Erforschung, Dokumentation und Erhaltung von Bauhaus-Gebäuden in Tel Aviv zusammenarbeiten.

6. Schlussfolgerungen

Die Regierungen unterstrichen die große Bedeutung, die sie ihren zwischenstaatlichen Beziehungen beimessen, und beschlossen, die nächsten Konsultationen im Laufe des Jahres 2013 in Jerusalem durchzuführen.

Eine hebräische und englische Fassung finden Sie auf www.cvd.bundesregierung.de.